

Antrag A10

Antragssteller*in: Bezirksverband DIE LINKE. Neukölln

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Erhöhung und Politisierung der Mandatsträger:innenbeiträge

2 Vor der Listenaufstellung für die Bundestagswahl 2025 beschließt der Landesverband Berlin der Partei
3 Die Linke eine Neuregelung der Mandatsträger:innenbeiträge. Die neue Regelung basiert auf einem
4 Verständnis der Beiträge als Mittel der politischen Arbeit, sie dient als deutliches Zeichen einer engen
5 Anbindung der Mandatsträger:innen an die Partei und strahlt in der Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit
6 aus. Die Erhöhung sichert zudem dem Landesverband und seinen Gliederungen finanziellen
7 Handlungsspielraum.

8 Der Landesverband Berlin wirbt bei den anderen Landesverbänden dafür, ebenfalls solche
9 Neuregelungen zu beschließen.

10 In der neuen Regelung wird bei der Art der Berechnung der Beiträge zwischen Haupt- und
11 nebenamtlichen Mandatsträger:innen unterschieden:

12 Mandatsträger:innen der Bezirksverordnetenversammlungen führen die Hälfte ihrer
13 mandatsbezogenen Einkünfte ab. Für Leistungsberechtigte nach dem SGB II und SGB XII beträgt der
14 abzuführende Mandatsträger*innenbetrag 20 Euro monatlich. Über alle anderen Minderungen wegen
15 geringem Einkommen oder besonderer finanzieller Belastungen wird ein Einvernehmen zwischen den
16 Bezirksvorständen und den Wahlbewerber:innen oder Mandatsträger:innen hergestellt.

17 Bei anderen Mandaten und Ämtern, die in Vollzeit wahrgenommen werden, im Deutschen Bundestag,
18 im Berliner Abgeordnetenhaus oder als Stadträtin/Stadtrat oder Bürgermeister:in behalten die
19 Träger:innen von Mandaten und Ämtern als monatliches Einkommen einen Betrag, der sich am Gehalt
20 von angestellten Lehrer:innen (TV-L) als nachvollziehbarer und ähnlich anspruchsvoller Tätigkeit
21 orientiert.

22 Die übrigen mandatsbezogenen Einkünfte werden an die Partei abgeführt.

23 Die Mandatsträger:innenbeiträge verbleiben auf der Ebene, auf der die Mandatsträger:innen als
24 Kandidat:innen aufgestellt wurden.

25 Bundestagsabgeordnete erfüllen zunächst ihre auf Bundesebene mit der Partei vereinbarten
26 Beitragspflichten und führen dann den nach der neuen Regelung auf Landesebene verbleibenden
27 Betrag an den Landesverband Berlin ab.

28 Zwischen dem jeweiligen Vorstand der Partei und der:m Bewerber:in wird vor ihrer Aufstellung als
29 Wahlbewerber*innen eine schriftliche Vereinbarung über die Zahlung von
30 Mandatsträger:innenbeiträgen geschlossen. In dieser Vereinbarung stimmen die Mandatsträger:innen
31 bzw. die Bewerber:innen ebenfalls der Veröffentlichung ihrer geleisteten Zahlungen auf der Ebene, auf
32 der das Mandat errungen wird, zu.

33 Der Landesvorstand wird beauftragt, eine satzungsfeste und verbindliche Lösung zu erarbeiten und zur
34 Abstimmung zu stellen.

35 **Begründung:**

36 Die Partei Die Linke hat sich eine umfassende Erneuerung vorgenommen. Wir haben viele neue
37 Genoss:innen gewonnen und wollen weiter neue Mitglieder gewinnen, wir wollen alte Grabenkämpfe

38 überwinden und mit frischer Energie und kämpferischem Optimismus überzeugen. Dieser Prozess
39 erfordert sichtbare Veränderungen auf allen Ebenen.

40 Gleichzeitig haben wir die Krise der Partei noch nicht gemeistert, das schlägt sich auch auf die
41 finanzielle Situation der Partei und ihrer Gliederungen nieder.

42 Der Bezirksverband Neukölln hat jahrelange gute Erfahrungen mit dem vorgeschlagenen Modell
43 gemacht, es fördert nicht nur die gute finanzielle Ausstattung des Bezirksverbands, sondern auch die
44 politische Verpflichtung der Mandatsträger:innen gegenüber der Partei.

45 Mandatsträger:innen unserer Partei kommt eine besondere Bedeutung, aber auch Verantwortung zu:

46 Erstens erhalten Mandatsträger:innen und Parlamentsfraktionen in der parlamentarischen
47 Demokratie mehr mediale Aufmerksamkeit als die zugehörigen Parteien. Dies gilt auch für
48 Kandidat:innen im Vorfeld von Wahlen. Unsere Kandidat:innen müssen den Geist des Neuaufbruchs
49 ausstrahlen, sie müssen deutlich machen, dass Die Linke anders ist als andere Parteien, dass Die Linke
50 im Dienst der Menschen steht und nicht der Konzerne. Abgeordnete der Linken müssen sich klar
51 abgrenzen von einem abgehobenen Politikbetrieb, der mit der Lebensrealität der Menschen nichts
52 mehr zu tun hat. Wenn Abgeordnete der Linken nicht mehr verdienen als Menschen mit einer
53 „normalen Arbeit“ (zum Beispiel als Lehrer:in) trägt das zur Glaubwürdigkeit unseres Anspruchs bei,
54 die Interessen unserer Wähler:innen zu vertreten und nicht ein eigenes Geltungsbedürfnis zu
55 befriedigen. Die KPÖ in Österreich und die PVDA/PTB in Belgien nutzen dieses Alleinstellungsmerkmal
56 erfolgreich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

57 Gerade nach den jahrelangen machtpolitischen Konflikten in der Bundestagsfraktion und dem Austritt
58 des Teils der Fraktion um Sahra Wagenknecht, die auch das Ansehen der Partei auf anderen Ebenen
59 beschädigt haben, muss es das Ziel der Linken sein, Glaubwürdigkeit als Partei an der Seite der
60 Mehrheit der Menschen zurückzugewinnen.

61 Die Linke und ihre Kandidat:innen sollten dann diese Regelung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit betonen.

62 Zweitens lebt Die Linke viel stärker als andere Parteien von der Aktivität und dem Engagement aller
63 ihrer Mitglieder. Zu Recht sind wir stolz auf dieses Merkmal. Die Mandatsträger:innen der Linken
64 leisten unschätzbar wichtige und öffentlichkeitswirksame Arbeit im Parlament und darüber hinaus. Sie
65 genießen im Gegensatz zum Großteil der aktiven Mitgliedschaft der Linken das Privileg, für ihr
66 Engagement bezahlt zu werden. Das ist auch notwendig, um diese Arbeit zu machen. Mit einem
67 Einkommen vergleichbar mit dem von Lehrer:innen ist der Lebensunterhalt der Mandatsträger:innen
68 abgesichert.

69 Die Voraussetzung der Bereitschaft, auf einen erheblichen Teil des Einkommens als Mandatsträger:in
70 zu verzichten, vermeidet falsche Anreize bei der Aufstellung der Listen und Wahl der
71 Direktkandidierenden. Sie dient als deutliches Zeichen der engen Anbindung der Mandatsträger:innen
72 an die Partei – eine politische Verpflichtung, die auch einige prominente Mandatsträger:innen der
73 Linken in der Vergangenheit schmerzlich haben vermissen lassen.

74 Drittens haben der Rückgang der Mitgliederzahlen, in Berlin auf Landesebene die
75 Wiederholungswahlen und der Schritt in die Opposition, in den Bezirken zum Teil die Ergebnisse der
76 Wiederholungswahlen und eine Schwächung durch die Gründung des Bündnisses SW eine finanziell
77 kritische Situation der Partei zur Folge.

78 Um handlungsfähig zu bleiben und überhaupt in der Lage zu sein, die anstehenden entscheidenden
79 Wahlkämpfe 2025 und 2026 zu führen, muss die Partei mehr Einnahmen erschließen. Die

- 80 Finanzierungslücke wird sich mittelfristig nicht allein durch Beiträge neuer Mitglieder und
81 Beitragserhöhungen schließen lassen.
- 82 Abgeordnete, Bezirksverordnete und Amtsträger, die ja ihre Mandate und Ämter der Partei verdanken,
83 haben für die Zukunft der Partei eine besondere Verantwortung. Umgekehrt hängt auch ihre Zukunft
84 als Amts- und Mandatsträger:innen davon ab, dass die Partei wahrgenommen wird und wirksame
85 Wahlkämpfe führen kann.